



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschuss
Sitzungsnummer	48. Sitzung
Datum	Dienstag, den 25.01.2011
Sitzungsbeginn	18:10 Uhr
Sitzungsende	21:20 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 351 des Neuen Rathauses

**Anwesend waren:
vom Gremium:**

Ausschussvorsitzende Dr. Greis,	B90/Grüne
Stellv. Ausschussvorsitzender Wolf,	FDP
Stadtverordnete Dr. Göttlicher-Göbel,	SPD
Stadtverordnete Heil-Schön,	SPD
Stadtverordneter Dr. Ihmels,	SPD
Stadtverordnete Koster,	SPD
Stadtverordneter Cloos,	CDU
Stadtverordneter Lang,	CDU
Stadtverordnete Marx,	CDU
Stadtverordneter Breidsprecher,	CDU
Stadtverordneter Lautz,	FW

vom Magistrat:

Stadtrat Semler,	FW
------------------	----

von der Verwaltung:

Herr Ketterer, Hilfsdezernent Dez. III	ohne
Herr Pabst,	ohne
Herr Bader, Büro des Baudezernats	ohne
Herr Schieche, Büro des Magistrats	ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Nickel, als Schriftführer
Frau John

ferner waren anwesend:

Herr Schuch, enwag (zu TOP 2)
Herr Ortsvorsteher Wagner (zu TOP 11)

AV Dr. G r e i s eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Nachstehende Änderungswünsche zur Tagesordnung und zum Ablauf der Ausschusssitzung wurden vorgetragen:

- StR S e m l e r bat, TOP 9 abzusetzen.
- Ortsvorsteher W a g n e r schlug vor, TOP 11 zur Beratung vorzuziehen.
- Stv. B r e i d s p r e c h e r hielt es für sinnvoll, dementsprechend zu TOP 2 wegen der Anwesenheit von Herrn Schuch zu verfahren.
- AV Dr. G r e i s fragte an, ob seitens der Ausschussmitglieder Bedenken bestehen, die Niederschrift vom 14.12.2010 ergänzend unter TOP 12 zu behandeln. Die Ausschussmitglieder erklärten sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Einstimmig befürworteten die Ausschussmitglieder die so geänderte

T a g e s o r d n u n g:

TOP 1
Haushalt 2011
- Antragsberatung -

TOP 2
2018/10
Zustimmung zur Beteiligung der enwag an einer gemeinsamen
Vertriebsgesellschaft und einer noch zu gründenden gemeinsamen Erneuerbare-
Energien-Gesellschaft
I/708
(Ziffer 2 der Vorlage)

TOP 3
2016/10
Sachstand Planung Westanschluss
I/707
Mitteilungsvorlage

TOP 4
2009/10
Bebauungsplan Nr. 406 „Dillfeld Süd“ in Wetzlar (Duktus Röhrenlager)
- Aufstellungsbeschluss -
I/704

TOP 5
2010/10
Bebauungsplan Nr. 259, 1. Änderung, für das Gebiet „Nauborner Straße, Gemarkungsgrenze, Solmser Straße und Ludwig-Erk-Straße“
I/705

TOP 6
2046/10
Bebauungsplan Nr. 407 „Wahlheimer Weg“
- Aufstellungsbeschluss -
I/716

TOP 7
2050/11
Klarstellungssatzung der Stadt Wetzlar für den Teilbereich „Vorn auf'm Lahnberg“ gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
I/717

TOP 8
2039/10
Gestaltung des Steighausplatzes in Wetzlar
I/713

TOP 9
1986/10
Aufwertung des Bereichs „Braunfelser Straße / Siegmund-Hiepe-Straße / Im Winkel“
im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“
I/698
a b g e s e t z t

TOP 10
2036/10
Öffnung der Bürgersteige für Radfahrer
in der Altenberger Straße
I/711

TOP 11

2048/10

Öffentlicher Personennahverkehr

- Anbindung des Stadtteils Naunheim an eine Durchmesserlinie -
I/714

TOP 12

Mitteilungen, Anfragen, Niederschriften vom 30.11.2010 und 14.12.2010

TOP 13

Verschiedenes

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1

Haushalt 2011

- Antragsberatung -

Antrag 105 - Gemeindestraßen / Deckenerneuerung

Stv. **Breidsprecher** wies im Gesamtzusammenhang auf Nr. 100/2 der Änderungsliste hin. Wegen akutem Handlungsbedarfs hielt Herr **Ketterer** das Anbringen einer VE nicht für sinnvoll. In der Änderungsliste des Magistrats, so Herr **Ketterer**, sei der Betrag um 80.000 € erhöht worden. Aktuell seien dann 110.000 € für die Behebung der Winterschäden vorgesehen. Planungen und Förderanträge seien in Bearbeitung.

Stv. Dr. **Göttlicher-Göbel** merkte an, es handele sich hier um ein „Flicken“. Fakt sei, dass das Straßennetz insgesamt vernachlässigt worden sei. Stv. **Breidsprecher** machte, bezogen auf diesen Antrag, auf die Haushaltssituation der Stadt aufmerksam.

Abstimmung: 4.7.0

Antrag 106 - Energieversorgungskonzept

Stv. Dr. **Ihmels** betonte, es gehe hier um eine alte Diskussion, die folgenlos geblieben sei. Im Blick auf die Zukunft der Energieversorgung habe sich die Bundesregierung beratungsresistent gezeigt. Die SPD möchte eine Mitgestaltung und eine Rückkehr zu den Anfängen der Energieversorgung, d. h. Versorgung durch die eigenen Stadtwerke.

Stv. **Breidsprecher** konstatierte, dass selbst SPD-Mitglieder einen moderaten Energie-Mix für sinnvoll halten. Weil sich die Lage gegenüber den Vorjahren nicht geändert habe, werde er den Antrag ablehnen. Bei Durchführung des Konzeptes müsste ein völlig neues Netz aufgebaut werden. Eine Eigenerzeugung seitens der enwag halte er nicht für sinnvoll, wohl aber eine dezentrale Versorgung von Einfamilienhäusern.

Stv. Dr. I h m e l s konstatierte, Gießen nutze die vorhandenen Netze und beabsichtige nicht, neue Netze zu bauen. Auch wir sollten die zur Verfügung stehenden Netze nutzen. Ein Konzept für Kraftwärmekopplungen für Einfamilienhäuser sei erst in 4 - 5 Jahren spruchreif. Für Mietshäuser mache dies schon jetzt Sinn. Dies biete wirtschaftliche Vorteile, auch mit der Verknüpfung von Photovoltaik-Anlagen. Von der Entwicklung her seien auch kleine Windräder machbar. Die Dezentralisierung solle man schrittweise, verbunden mit der Erwirtschaftung des Geldes vor Ort, vornehmen.

Stv. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l wies darauf hin, dass sie der Argumentation von Stv. Dr. Ihmels folge. Der Antrag solle dazu dienen, der Angelegenheit „Hand und Fuß“ zu verschaffen. Stv. B r e i d s p r e c h e r führte aus, die enwag besitze die erforderlichen Fachkenntnisse. Man benötige Input für die Primärenergie. Ein neues Konzept sei nicht vonnöten. Die Gießener Situation sei ihm nicht bekannt.

Abstimmung: 4.6.1

Antrag 201 - Einrichtung einer Salzlagerhalle

Der Antrag wurde dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur Entscheidung überlassen.

Antrag 212 - Straßenbeleuchtung in Naunheim

Stv. B r e i d s p r e c h e r legte dar, die Angelegenheit sei in der Vergangenheit schon einmal behandelt worden. Für die 50.000 € sehe die CDU keine Notwendigkeit. Herr K e t t e r e r erläuterte, das Fachamt halte bei Ziffer 2 die Maßnahme „Verbindungsweg zwischen der Straße Am Berg und der Eisenbahnstraße“ für erforderlich. Dies mache einen Betrag von 25.000 € aus.

Abstimmung zu Ziffer 1 (50.000 €): 4.6.1

Abstimmung zu Ziffer 2 (25.000 € für o. g. Maßnahme): 5.5.1

Antrag 213 - Sanierung von Gehwegen

Keine Abstimmung.

Antrag 214 - Baustraße für Westanschluss / Planungsmittel Westtangente

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 1.6.4

Antrag 215 - Lärmschutz Münchholzhausen

Der Antrag wurde dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur Abstimmung überlassen.

Antrag 216 - Fußläufige Verbindung zw. vorh. Wirtschaftsweg an der Pumpstation in der Lahnaue Richtung Forum/Arena

Stv. B r e i d s p r e c h e r fragte nach, ob die Ausführung wegen der Eigentumsverhältnisse überhaupt durchführbar sei. Herr K e t t e r e r teilte mit, zur Zeit sei dies noch nicht möglich. Stv. L a u t z schlug vor, den Antrag im Geschäftsgang

zu belassen.

Der Ausschuss beließ den Antrag im Geschäftsgang.

Antrag 217 - Radweg Altenberger Straße/Dillfeld - Rad- und Fußweg Haarplatz

AV Dr. G r e i s erkundigte sich nach den Planungskosten. Für die Planung seien 140.000 € erforderlich, klärte Herr K e t t e r e r auf. Der Ausschuss war einvernehmlich der Auffassung, den Sperrvermerk um 140.000 € zu reduzieren.

Abstimmung mit o. g. Änderung: 11.0.0

Antrag 218 - Infrastrukturkostenausgleich an Dritte für Verkehrsleistungen in Wetzlar

Der Antrag wurde dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur Abstimmung überlassen.

Antrag 219 - Aufstellung von Ruhebänken in Naunheim

Stv. B r e i d s p r e c h e r vertrat die Ansicht, die Maßnahme durch Sponsoring zu finanzieren.

Abstimmung: 4.6.1

Anträge 220 und 221 - Unterführung Haarplatz

Herr K e t t e r e r erläuterte, es fielen hier 30.000 € an Planungskosten an. Der Ausschuss beschloss, 30.000 € freizugeben und den Rest mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Abstimmung über beide Anträge mit o. g. Änderung: 11.0.0

Antrag 222 - Lahnaue bei Garbenheim / Anlegung eines Auenwaldes

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.1

Der Ausschuss nahm die Änderungsliste des Magistrates sowie den Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2011 zur Kenntnis.

TOP 2

2018/10

Zustimmung zur Beteiligung der enwag an einer gemeinsamen Vertriebsgesellschaft und einer noch zu gründenden gemeinsamen Erneuerbare-Energien-Gesellschaft

Stv. B r e i d s p r e c h e r bat Herrn Schuch um weitergehende Erläuterungen. Herr S c h u c h erklärte, die Situation auf dem Energiesektor werde sich ändern, weil die Betriebszeiten der Atomkraftwerke ausliefen und Kohlekraftwerke nicht mehr gebaut

würden. Politisch seien erneuerbare Energien erwünscht. An diesem Markt solle man mitwirken. Alleine könne die enwag dies nicht bewerkstelligen, jedoch mit mehreren Unternehmen zusammen unter dem Dach der Thüga. Dieser Aufbau sei kostengünstig und effizient.

Stv. Dr. **I h m e l s** bescheinigte Herrn Schuch eine richtige Tendenzbeschreibung, gab aber zu bedenken, dass eine Wertschöpfung herbeizuführen, mit diesem Konstrukt aber nicht erreicht werde. Ergänzend führte er aus, dass die Stadt bei einer solchen Kapitalbeteiligung die enwag nicht benötige. Der eigentliche Kern „erneuerbare Energien“ werde damit nicht erreicht. Deswegen werde die SPD die Vorlage ablehnen.

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** interessierte generell die Renditeerwartung auf die Finanzierung zu erfahren. Nach dem Hinweis von Herrn **S c h u c h**, es sei Ziel, umweltfreundliche Energie zu erzeugen und im Jahre 2011 dafür 2 Projekte bestehen sowie im Jahre 2012 neue Projekte geschaffen werden sollen, äußerte er sich konkret, im Jahre 2011 sei eine Rendite von 2 - 3 % zu erwarten. Vom Investitionsvolumen insgesamt seien 10 % für erneuerbare Energien vorgesehen. Das Kartellverfahren habe mit dieser Sache nichts zu tun.

AV Dr. **G r e i s** kritisierte die Fokussierung auf enwag und Thüga. Was auf die Stadt zukomme, werde nicht angesprochen. Neben dem ökologischen Aspekt und der Verzinsung verbessere sich somit die Situation der Stadt, konstatierte Herr **S c h u c h**. Zur Zusatzfrage von AV Dr. **G r e i s**, wer dies gewährleiste, wies Herr **S c h u c h** auf die Gesellschafter hin.

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** brachte es auf die für ihn einfache Formel „Was gut sei für die enwag, sei gut für Wetzlar“. Stv. Dr. **I h m e l s** betonte, dass das Wirtschaften der Thüga für ihn keine Bedenken darstelle. Er weise jedoch erneut darauf hin, die Einschätzung der Bundesregierung gehe in Richtung „Dezentralisierung der Energieversorgung“. Vor Ort werde jedoch die Entwicklung unserer Region ignoriert. Die Stadtwerke sollen die Versorgung und die damit verbundene Wirtschaftsförderung vor Ort gewährleisten. Stv. **W o l f** begrüßte den Einstieg in alternative Energien.

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** schlug vor, die Vorlage im Geschäftsgang zu belassen. Diesem Vorschlag schloss sich Stv. Dr. **I h m e l s** an.

Der Ausschuss beließ die Vorlage im Geschäftsgang.

TOP 3

2016/10

Sachstand Planung Westanschluss

Herr **B a d e r** erläuterte die Vorlage, die nach dem Auftrag der Stadtverordnetenversammlung, Alternativen aufzuzeigen, gefertigt worden sei. Es sei das Verkehrsmodell aus dem Generalverkehrsplan 2006, Dalheim bis Karl-Kellner-Ring, aktualisiert worden. Ferner ging er auf die Leistungsfähigkeit und Koordinierung der Lichtsignalanlagen ein, deren Anzahl gering gehalten werden solle. Des Weiteren erklärte er, es handele sich um eine Machbarkeitsstudie. Eine Kostenaussage sei derzeit noch nicht möglich.

Stve. **K o s t e r** erkundigte sich nach der Höhe der Brücke über die Lahntalbahn und

AV Dr. G r e i s fragte nach der Breite. Herr B a d e r erläuterte, die Höhe der Brücke betrage 8 m Oberkante Schiene. Diese Höhe sei bei allen Varianten gleich. Die lichte Weite werde geringer. Herr B a d e r gab die entsprechenden Erläuterungen ab.

Stv. C l o o s kündigte an, wenn die Anbindung Westtangente an den Westanschluss mit Lichtsignalanlagen erfolge, werde er dies ablehnen.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 4

2009/10

Bebauungsplan Nr. 406 „Dillfeld Süd“ in Wetzlar (Duktus Röhrenlager)

- Aufstellungsbeschluss -

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 5

2010/10

Bebauungsplan Nr. 259, 1. Änderung, für das Gebiet „Nauborner Straße, Gemarkungsgrenze, Solmser Straße und Ludwig-Erk-Straße“

AV Dr. G r e i s stellte fest, die Bebauungsplanung für den Parkplatz sehe die Gestaltung bis an den Wetzbach vor. Sie fragte deshalb nach, wieso kein Grünstreifen vorgesehen sei. Stv. W o l f ergänzte, das Gleiche treffe für den Hegelbach zu. Stv. Dr. I h m e l s wies in diesem Zusammenhang auf das Wasserrecht hin. Herr P a b s t klärte darüber auf, dass die ökologischen Belange im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens berücksichtigt werden.

Abstimmung: 11.0.0

TOP 6

2046/10

Bebauungsplan Nr. 407 „Wahlheimer Weg“

- Aufstellungsbeschluss -

Nach Ansicht von Stv. Dr. I h m e l s mache der Bebauungsplan Sinn und sei nachvollziehbar. Des Weiteren führte er aus, laut Buderus sei geplant, dort 4 Acht-Familienhäuser zu errichten, was eine Verdoppelung des Verkehrsaufkommens bedeute und daher mit Problemen einhergehe. Es sei eine andere Verkehrslösung erforderlich.

Vor diesem Hintergrund habe der Oberbürgermeister Gespräche mit der Eigentümergesellschaft geführt. Diese sei bereit, hierfür eine sechsstellige Summe einzubringen, konstatierte StR S e m l e r. Zum Einwurf von Stv. Dr. I h m e l s, ob hierfür Planungen vorliegen, erklärte Herr K e t t e r e r, nach den Überlegungen des Tiefbauamtes gebe es ein Planungskonzept. Das Weitere sei im Bebauungsplan zu regeln.

Stv. Dr. I h m e l s merkte an, er gehe davon aus, dass die Gestaltung zeitgleich erfolge. Stv. C l o o s brachte eine Kreisverkehrslösung ins Gespräch. Herr K e t t e r e r bezeichnete dies als denkbare Variante. AV Dr. G r e i s interessierte zu erfahren, was „Vereinfachtes Verfahren“ bedeute. StR S e m l e r führte aus, die Problemlagen seien vor dem abschließenden Beschluss zu klären. Die Stadtverordnetenversammlung werde dabei einbezogen. Hinsichtlich des „vereinfachten Verfahrens“ erklärte er, die Anzahl der zu beteiligenden Träger öffentlicher Belange sei geringer und die Fristen kürzer. Herr P a b s t ergänzte, z. B. könne auf den Umweltbericht verzichtet werden. Das Procedere des „Vereinfachten Verfahrens“ sei durch den Gesetzgeber vorgesehen.

AV Dr. G r e i s forderte wegen der bekannten Probleme, die Erschließungsfragen vorher zu klären. StR S e m l e r sicherte zu, den Aufstellungsbeschluss und die konzeptionelle Erarbeitung der Problemlagen parallel durchzuführen.

Abstimmung (mit Zusicherung, parallel ein Erschließungskonzept zu erstellen): 10.0.1

TOP 7

2050/11

Klarstellungssatzung der Stadt Wetzlar für den Teilbereich „Vorn auf'm Lahnberg“ gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Stv. Dr. I h m e l s stellte fest, dass als Konsequenz kein neues Baurecht geschaffen werde. Diese Klarstellungssatzung, so Herr P a b s t, führe nicht zu generellen Genehmigungen für Bauvorhaben. AV Dr. G r e i s erläutere weitere Einzelheiten und Herr P a b s t wies dazu auf den letzten Satz der Begründung hin.

Wann die Einbindung des Bergbauamtes erfolge, interessierte Stv. L a u t z zu erfahren. Dies geschehe im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens, erläuterte Herr P a b s t. Zur Nachfrage von Stv. Dr. I h m e l s, ob durch die Satzung die Bebaubarkeit verbessert werde, erklärte Herr P a b s t, dass dadurch der Außen- und Innenbereich besser definiert werden könne.

StR S e m l e r erläuterte im Gesamtzusammenhang, die Klarstellungssatzung orientiere sich an der Erschließungsgegebenheit und sei weniger aufwändig als ein Bauleitverfahren.

Abstimmung: 6.3.2

TOP 8

2039/10

Gestaltung des Steighausplatzes in Wetzlar

AV Dr. G r e i s rief die Entwicklung der ausgewiesenen Parkplätze aufgrund der vorgelegten Planungen in Erinnerung, und zwar vermindere sich die Anzahl stetig von 72 Parkplätzen, dann 54 auf nunmehr 32 Parkplätze. 6 Parkplätze seien von der Stadt fest vergeben worden, so dass lediglich noch 26 Parkplätze für die Öffentlichkeit zur Verfügung stünden. Ferner erkundigte sie sich, ob diese 6 Plätze mit Poller oder Kette

ausgestaltet werden sollen. StR S e m l e r wies darauf hin, dass bis auf 2 Parkplätze die verbleibenden Parkplätze für die Öffentlichkeit bestimmt seien.

AV Dr. G r e i s interessierte ferner zu erfahren, wie sich die Zu- und Abfahrten, auch zu den Garagen, gestalten. Herr K e t t e r e r erläuterte die Fragestellungen anhand des Planes. Des Weiteren hinterfragte AV Dr. G r e i s, warum diese Parkplätze nicht in das dynamische Parkleitsystem einbezogen werden sollen. Auf diese Parkmöglichkeit solle nicht explizit hingewiesen werden, erklärte Herr K e t t e r e r.

StR S e m l e r machte weitere ergänzende Ausführungen hinsichtlich der Verkehrsanbindungen, auch im Blick auf spezielle Garageneinfahrten. Ferner brachte StR S e m l e r sehr engagiert zur Sprache, dass man sehr wohl Parkraum einbüße, dies jedoch mit einer sehenswerten Architektur mehr als kompensiert werde. Er bat deshalb um Zustimmung.

Abstimmung: 6.0.5

TOP 9
1986/10
Aufwertung des Bereichs „Braunfelser Straße /
Sigmund-Hiepe-Straße / Im Winkel“
im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 10
2036/10
Öffnung der Bürgersteige für Radfahrer
in der Altenberger Straße

Stv. K o s t e r erinnerte an die von Herr Weil vom Allg. Deutschen Fahrradclub in der letzten Ausschusssitzung gemachten Ausführungen. Daran anknüpfend machte Stv. W o l f wegen der Enge der Gehwege die Gefährdung für Fußgänger geltend und bat deshalb um andere Lösungsvorschläge. Herr K e t t e r e r sagte eine weitere Prüfung zu.

AV Dr. G r e i s schlug eine Änderung des Antrages in einen Prüfungsantrag vor, der wie folgt lauten sollte:

„Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob die Bürgersteige in der Altenberger Straße für die Benutzung durch Radfahrer geöffnet und entsprechend beschildert werden können.“

Abstimmung mit o. g. Änderung: 11.0.0

TOP 11**2048/10****Öffentlicher Personennahverkehr****- Anbindung des Stadtteils Naunheim an eine Durchmesserlinie -**

Stv. **W a g n e r** legte dar, dass er in dieser Angelegenheit als Ortsvorsteher des Stadtteils Naunheim spreche. Er schilderte die Busanbindungssituation in Bezug auf die Linie 41, welche sehr wesentlich, insbesondere für Schüler und ältere Menschen, für Naunheim gewesen und als Durchmesserlinie (wobei es den Fahrgästen - je nach Fahrplanangebot - ermöglicht wurde, bis zum Leitzplatz, zum Schulzentrum und zum Krankenhaus zu gelangen) geführt worden sei. Nach dem Fahrplanwechsel enden die Linien 24 und 240 nunmehr am Busbahnhof. Der Antrag des Ortsbeirates Naunheim sei in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.04.2008 mehrheitlich abgelehnt worden.

Im Blick auf die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung hätten Einwohner/-innen von Naunheim mit einer Unterschriftenaktion, an der sich 350 Personen beteiligten, eine Ausgestaltung der Busanbindung entsprechend den Zielsetzungen des Nahverkehrsplanes gefordert. Die Unterschriften wurden dem Bürgermeister und dem Stadtverordnetenvorsteher am 06.05.2010 übergeben.

Weil die Haltung des Magistrats aufgrund seines Schreibens vom 26.11.2010 nicht nachvollziehbar sei, habe der Ortsbeirat Naunheim am 27.12.2010 erneut einen Antrag in dieser Angelegenheit gestellt. Er bitte, diesem Antrag zu entsprechen.

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** bat Herrn Schieche um eine Kostendarstellung und fügte hinzu, dass aus seiner Sicht eine optimale Lösung im Sinne der Bürgerfreundlichkeit anzustreben sei, jedoch ein Umsteigen zumutbar sei und dieses Manko in Kauf genommen werden könne. Herr **S c h i e c h e** rekapitulierte das Leistungsangebot der Linie 41, hier insbesondere an den Schultagen. Bei Beibehaltung der Anbindungsqualität der Linie sei heute mit einer Größenordnung von 50 - 100.000 € zu rechnen.

Auf die Begründung der Vorlage eingehend befand Stv. **W o l f**, dass die Ausführungen zur Einbindung der Stadtteile vom Grundsatz her positiv zu betrachten seien. Man solle jedoch im Hinblick auf die Überarbeitung der Nahverkehrsplanes sowie die Ausgestaltung des neuen Busbahnhofes das nächste Jahr abwarten.

Stv. Dr. **I h m e l s** konstatierte, nach Informationen des RMV betragen in dessen Bereich die Aufwendungen für den Individualverkehr über 1 Mrd. € jährlich. Um den erforderlichen Ausbau des ÖPNV zu gewährleisten, müsse man in Vorleistung treten. Der Ortsbeirat Naunheim fordere keine zusätzliche Linie, sondern die von ihm als notwendig erachteten Durchfahrten. Die Aufwendungen hierfür seien gerechtfertigt.

Im Gesamtzusammenhang führte Herr **S c h i e c h e** ferner aus, dass die Unternehmen in der Hauptverkehrszeit keine Freikapazitäten hätten und deshalb neue Fahrzeuge beschaffen müssten. Es erscheine ihm sinnvoll, die von Naunheim gewünschten längeren Fahrten zu einem vernünftigen Preis einzukaufen. Kurzfristig sei dies jedoch nicht möglich, weil der jetzige Beförderungsvertrag noch 6 Jahre laufe. Ferner, so Herr **S c h i e c h e**, mache die Kalkulation der Zusatzstrecke Busbahnhof - Schulzentrum

einen Betrag von 70.000 € (Linienbetreiber) bis 102.000 € (Gimmler) aus.

Zu den im Jahr 2008 erhobenen Fahrgastzahlen äußerte er sich dahingehend, dass werktags 44 Personen in Richtung Wetzlar gefahren seien, davon 28 Personen morgens zum Schulzentrum. In Richtung Naunheim seien morgens vom Busbahnhof ab 28 Personen eingestiegen. Dies ergab somit eine Nachfrage von 15 bis 25 Personen pro Werktag. Herr S c h i e c h e folgerte, eine Direktverbindung sei wünschenswert, aber wirtschaftlich nicht vertretbar.

Die genannten Zahlen seien bekannt, konstatierte Ortsvorsteher W a g n e r, und führte weiter aus, der gestellte Antrag decke sich mit dem Nahverkehrsplan. Es sei auch überlegenswert, die Linie 14 durchzubinden. Dann bestehe die Möglichkeit, in das Stadtinnere zu fahren. Stv. W o l f fand, dies sei eine Überlegung im Zuge der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes wert.

Stv. B r e i d s p r e c h e r, auf das von Stv. Dr. Ihmels Gesagte zurückkommend, bezeichnete dessen Ausführungen als Mutmaßungen, wie es im sozialen Bereich bei Sozialarbeitern gemacht werde. Er zweifelte eine Minderung des Individualverkehrs an. Den Vorschlag von Stv. Wolf finde er vernünftig.

Stve. H e i l - S c h ö n fand, das Thema sei zu wichtig, um es alleine auf die Kosten zu reduzieren. Sie führte ferner aus, die Stadtteile anbindungsmäßig nicht abzuhängen und das Thema global zu betrachten. Aus seiner Sicht, stellte Stv. Dr. I h m e l s fest, funktioniere bei diesem Thema der Vergleich mit dem sozialen Bereich nicht, speziell im Hinblick auf die demografische Entwicklung. Er stelle fest, dass der ÖPNV besser geworden sei. Dessen Entwicklung sei jedoch zu beschleunigen.

Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l legte dar, das Thema werde „schwarz-weiß“ diskutiert. Es sei aber differenzierter zu sehen und eine Prüfung solle ins Auge gefasst werden. Außerdem halte sie das Antwortschreiben des Magistrates für dürftig. Ortsvorsteher W a g n e r wies darauf hin, dass die Unterschriftenaktion, insbesondere bei älteren Menschen, das große Interesse gezeigt habe, ein attraktives Angebot zu schaffen. Deshalb bitte er um Zustimmung.

Abstimmung: 5.6.0

TOP 12

Mitteilungen, Anfragen, Niederschriften vom 30.11.2010 und 14.12.2010

Mitteilungen

- Zur Anfrage des Stv. Lautz aus der Sitzung vom 24.08.2010, ob an dem Radweg von Naunheim in Richtung Rittal-Arena im Bereich der Eisenbahnbrücke ein Aufgang zur Taubensteinbrücke geschaffen werden könne, führte StR S e m l e r aus, dass die Schaffung einer Rampeanlage zurückgestellt wurde. Die Nutzung der angrenzenden Geländeflächen sei noch ungeklärt.
- In Bezug auf die Anfrage von Stv. Wolf hinsichtlich der Durchführung des Winterdienstes im Stadtteil Dalheim erläuterte StR S e m l e r, dass dort ein Gemisch aus Streusalz und Splitt eingesetzt worden sei. Aufgrund des Hinweises von Stv. Wolf seien die

Mitarbeiter auf den möglichst sparsamen Einsatz von Streusalz hingewiesen worden.

Anfragen

- Stv. W o l f bezog sich auf den Stolleneinbruch in der Avignonanlage und führte aus, dass dieses Gebiet immer noch weiträumig abgesperrt sei. StR S e m l e r berichtete, man habe den Einbruch befüllt. Weitere Absenkungen waren nicht festzustellen.

Niederschriften vom 30.11.2011 und 14.12.2011

Die o. g. Niederschriften wurden einstimmig genehmigt.

TOP 13

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV Dr. G r e i s schloss, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, die 48. Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschusses.

Die Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

Dr. G r e i s

N i c k e l